

Ambivalenz in der Krise und darüber hinaus: Warum migrantische Hausarbeiterinnen trotz Unterstützung vulnerabel bleiben

Christina Mittmasser, Milena Chimienti, Emma Gauttier, Myrian Carbajal
27th August 2026



In der Schweiz sind migrantische Frauen, die als Reinigerinnen und Betreuerinnen in Privathaushalten arbeiten, weitgehend unsichtbar. Viele verfügen über keinen gesicherten Aufenthaltstitel und arbeiten unter prekären Bedingungen. Während COVID-19 gerieten sie kurz in den öffentlichen Blick, sie verloren von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit und standen für Lebensmittelhilfe an, erhielten aber kaum wirksame Unterstützung von staatlichen Stellen. Warum versagte die Pandemie-Hilfe so oft ausgerechnet dort, wo sie am dringendsten gebraucht worden wäre? Unsere Forschung zeigt, dass dies Ausdruck eines breiteren Musters ist, bei dem Hausarbeiterinnen systematisch unsichtbar gemacht und an den Rand gedrängt werden.

Unterstützung, die ausschliesst

Als die Pandemie ausbrach, profitierten viele Beschäftigte von staatlichen Massnahmen, allen voran von der Kurzarbeitsentschädigung. Sie war darauf

ausgelegt, Arbeitgebenden zu helfen, ihre Belegschaft zu halten, und deckte bis zu 80 Prozent des entgangenen Lohns ab. Doch sie galt nur für Angestellte von Unternehmen, etwa in der Gastronomie, während Beschäftigte in Privathaushalten davon Grossteils ausgeschlossen blieben.

Dieser Ausschluss offenbart den konditionellen Charakter vieler Unterstützungsprogramme. Er spiegelt auch die strukturelle Unsichtbarmachung von feminisierter und rassifizierter Arbeit in Privathaushalten wider. Migrantische Hausarbeiterinnen wurden nicht ausgeschlossen, weil sie von der Krise verschont geblieben wären, sondern weil Putzen und Betreuen in Privathaushalten schlicht nicht gleichwertig anerkannt wird. Eine befragte Arbeiterin brachte es auf den Punkt: «Wir stehen ganz unten auf der Liste. Es ist die am wenigsten geschätzte Arbeit, die es gibt.»

Kurzfristige Hilfe, dauerhafte Vulnerabilität

Auf lokaler Ebene sprangen Städte und Zivilgesellschaft ein. Sie verteilten Lebensmittel, leisteten Soforthilfe oder schufen temporäre Unterstützungsangebote, etwa ausserordentliche Finanzhilfen für Einkommensverluste in Genf und Zürich. Diese Initiativen boten kurzfristig entscheidende Entlastung, auch für Personen in informeller Beschäftigung oder ohne Aufenthaltstitel. Doch die meisten Programme dauerten nur wenige Monate und waren nicht darauf ausgelegt, langfristige Ungleichheiten zu beheben. Sobald die Krise abflaute, verschwand die Unterstützung weitgehend, die prekären Verhältnisse blieben.

Eine befragte Hausarbeiterin, alleinerziehende Mutter ohne Aufenthaltsrecht, erhielt kurzfristig Finanzhilfe, beschrieb aber deren Grenzen so: «Ich konnte Essen kaufen (...), aber ich stecke immer noch in einer sehr schwierigen finanziellen Lage, und selbst wenn ich Vollzeit arbeite, glaube ich nicht, dass ich mich erholen werde. Wir haben aufgehört, Menschen zu sein, und sind zu Robotern geworden.» In diesem Sinne funktionierten die Pandemiemassnahmen eher als Wohltätigkeit denn als Anerkennung von Rechten. Sie linderten den Schaden, ohne die Strukturen anzutasten, die Vulnerabilität erst erzeugen.

Warum viele keine Hilfe in Anspruch nehmen

Selbst dort, wo Unterstützung vorhanden war, nutzten viele Arbeiterinnen sie nicht. Angst und Misstrauen spielten eine zentrale Rolle. Hilfeleistungen zu beantragen, erfordert oft die Weitergabe persönlicher Daten; ein Risiko, das besonders für Sans Papiers erheblich ist. Aber auch Frauen mit Aufenthaltstitel versuchten häufig, nicht aufzufallen. Dies hängt mit einer längerfristigen Entwicklung in der Schweiz zusammen: Sozialhilfe und Migrationskontrolle sind zunehmend miteinander verknüpft. Seit der Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes 2019 kann der Bezug von Sozialhilfe zur Herabstufung des Aufenthaltsstatus oder zur Ausweisung führen. Dies hat zu einer weitverbreiteten Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen geführt; ein Muster, das während der Pandemie besonders deutlich sichtbar wurde.

Die Angst, als Belastung wahrgenommen zu werden, kombiniert mit den realen Risiken, die mit dem Zugang zu Unterstützung verbunden sind, trägt zu einer Art Selbstdisziplinierung bei. In den Interviews betonten viele

Hausarbeiterinnen ihre Unabhängigkeit und distanzieren sich davon, auf Hilfe angewiesen zu sein. Dies zeigt einerseits, wie viele migrantische Frauen das Bild der passiven Opfer ablehnen, andererseits aber auch, wie sie ihr Verhalten an die vorherrschende Erwartung anpassen, unabhängig zu sein, obwohl sie strukturell vulnerabel sind.

Ein System «ambivalenter» Unterstützung

Zusammengenommen verweisen diese Dynamiken auf das, was wir als *Regieren durch Ambivalenz* bezeichnen. Politiken schliessen gleichzeitig ein und aus, helfen und schränken ein. Diese Ambivalenz ist kein Merkmal der Pandemie allein, sondern spiegelt die Art und Weise wider, wie migrantische Arbeit generell reguliert wird. Vulnerabilität wird reduziert, aber auch aufrechterhalten. Und genau diese Vulnerabilität sichert die kontinuierliche Verfügbarkeit migrantischer Frauen als verlässliche Arbeitskräfte in privaten Haushalten.

Die Pandemie hat diese Ambivalenzen sichtbar gemacht, doch sie bestanden schon lange zuvor. Migrantische Hausarbeiterinnen bleiben unverzichtbar und zugleich unterbewertet. Sie werden nicht zwingend ausgewiesen, aber auch nicht ausreichend geschützt. Solange die Politik weiterhin auf temporäre Lösungen und konditionelle Hilfsangebote setzt, riskiert sie, genau jene Ungleichheiten zu reproduzieren, die sie zu beseitigen vorgibt. Über das Krisenmanagement hinauszugehen bedeutet, Hausarbeit als systemrelevante Arbeit anzuerkennen und den Zugang zu stabilen Rechten statt zu Soforthilfe zu gewährleisten.

Referenzen

Mittmasser, Christina, Milena Chimienti, Myrian Carbajal, & Emma Gauttier. (2026) Governing Vulnerability Through Ambivalence: Support Measures for Migrant Domestic Workers In and Beyond Crises. Critical Social Policy 0(0). Online First: <https://doi.org/10.1177/02610183261452534>

Diese Arbeit wurde vom Schweizerischen Nationalfonds im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «COVID-19 in der Gesellschaft» unterstützt. Siehe: <https://www.nfp80.ch/en/hcexW6S0QyYRrfm0/project/impact-of-covid-19-on-the-agency-of-migrant-women-working-in-domestic-services>

Bild: [Unsplash](#)